

**Generaldirektion Wasserstraßen-
und Schifffahrt**
E-Mail: dez-s13@wsv.bund.de
Telefon: +49 (0) 228 7090 4252

**Am Propsthof 51
53121 Bonn**

Eingang GDWS, 53121 Bonn:

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß der "Richtlinie zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Binnenschifffahrt" vom 12. Juli 2022 (Bundesministerium für Digitales und Verkehr, BAnz AT 22.07.2022 B4).

- für die 36-monatige Ausbildung zur Binnenschifferin / zum Binnenschiffer (Nr. 3.1 der Richtlinie)
- für die 42-monatige Ausbildung zur Binnenschifffahrtskapitänin / zum Binnenschifffahrtskapitän (Nr. 3.2 der Richtlinie)
- für die Weitergewährung einer Zuwendung (Nr. 4.3 der Richtlinie)

Gleichzeitig beantrage ich die Zulassung des vorzeitigen Vorhabenbeginns, um einen Ausbildungsvertrag mit der/dem unten benannten Auszubildenden, abzuschließen.

Ich bestätige hiermit, mit dem Vorhaben noch nicht begonnen zu haben. Der Ausbildungsvertrag wurde nicht vor Bewilligungszusage der GDWS geschlossen.

1. Antragstellerin / Antragsteller:

Name oder Firma: Schiff und Schiffer GmbH **Vorname/n:** _____

Straße und Hausnummer: Schiffahrter Weg 123

Postleitzahl und Ort: 67105 Schifferstadt

Telefon: +49 (0) 123/6789-11

E-Mail: info@schiff_und_schiffer_gmbh

Bankverbindung:

Kontoinhaberin / Kontoinhaber: Schiff und Schiffer GmbH

IBAN: DE40 3509 0300 0123 4567 89

Name des Geldinstituts: Bank für Schifffahrt

2. Auszubildende /Auszubildender:

Name: Mustermann Vorname/n: Alexander
Geburtsdatum: 01.01.2004
Straße und Hausnummer: Schiffsweg 1
Postleitzahl und Ort: 67105 Schifferstadt
Ausbildungszeit vom: 01.09.2022 bis zum: 31.08.2025

3. Erhöhte Förderung

Sie erhalten einen höheren Fördersatz von **60 % oder 70 %**, wenn Ihr Unternehmen als kleines oder mittleres Unternehmen eingestuft werden kann. Zurzeit gilt die Empfehlung der EU-Kommission vom 06.05.2003 (Amtsblatt EU L 124/36 vom 20.05.2003).

Die Bescheinigung des Steuerberaters, die eine Feststellung über die Eigenschaft als kleines oder mittleres Unternehmen mit Angaben zur Beschäftigten und dem Jahresumsatz bzw. der Jahresbilanzsumme trifft, ist beigelegt.

4. Vorsteuerabzug

Ich bin zum **Vorsteuerabzug nach § 15 UStG** wie folgt berechtigt:

- allgemein berechtigt
 nur für das Vorhaben berechtigt
 nicht berechtigt

5. Förderung der Maßnahme mit anderen öffentlichen Mitteln:

- Für die beantragte Maßnahme wurde und wird **keine** weitere Zuwendung von anderen öffentlichen Zuwendungsgebern beantragt
- Für die beantragte Maßnahme wird **eine** weitere Zuwendung von anderen öffentlichen Zuwendungsgebern beantragt (Name und Anschrift des Zuwendungsgebers, beantragte Fördersumme, bitte Kopie des Bewilligungsbescheids beifügen)
- Für die beantragte Maßnahme wurde bereits **eine** weitere Zuwendung von anderen öffentlichen Zuwendungsgebern beantragt (Name und Anschrift des Zuwendungsgebers, beantragte Fördersumme, bitte Kopie des Bewilligungsbescheids beifügen)

6. Unterlagen zum Antrag

Folgende Unterlagen füge ich bei:

- **Einen Nachweis, dass der Ausbildungsbetrieb seinen Sitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes hat** (aktueller Handelsregisterauszug oder amtliche Bestätigung für die Anmeldung und Ausübung eines Gewerbebetriebs in der Binnenschifffahrt oder - bei Ausbildungsvereinen aktueller Vereinsregisterauszug). **Aus dem Nachweis muss ferner hervorgehen, seit wann der Betrieb oder das Unternehmen oder der Ausbildungsverein besteht (erstmalige Eintragung)**. (Aktuell: nicht älter als 6 Monate!)
- **Eine Bestätigung des Steuerberaters über die Eigenschaft des antragstellenden Unternehmens als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) gemäß Empfehlung der EU-Kommission vom 06.05.2003 (Amtsblatt EU L 124/36 vom 20.05.2003).**

Folgende Unterlagen reiche ich nach:

- **den von beiden Seiten (Ausbildungsbetrieb und Auszubildende/r) unterschriebenen Ausbildungsvertrag mit Datum des Vertragsabschlusses**
- **Die Eintragungsnachricht der zuständigen Industrie- und Handelskammer über das Zustandekommen des Ausbildungsvertrages**
- **den verbindlichen Finanzierungsplan (Anlage unter www.elwis.de)**

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht (Nr. 2.1 der Richtlinie).

Ich versichere, dass mir die Tatsachen nach Nr. 3.4.1 bis 3.4.3 der VV-BHO zu § 44 somit als subventionserheblich bekannt sind, ebenso die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB.

Ferner ist mir bekannt, dass ich nach § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 BGBl. I 1976 S. 2034 bis 2037) verpflichtet bin, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung erheblich sind.

Die Informationen zur Datenverarbeitung nach Artikel 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung wurden mir zur Verfügung gestellt.

Ich erkläre, dass ich nachstehende Vorschriften zur Kenntnis genommen habe:

Datum

Unterschrift Antragstellerin / Antragsteller
(Vor- und Zuname)